Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingetrieben werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 207. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonnabend, den 4. September 1926

Wettläufe.

Im Geschwindschritt, mit Siebenmeilenstiefeln erobert sich der Sport die ganze Welt. Das kleine amerikanische Mädel aus Schwabenland hat durch recht und schlecht gerechnet gute acht Tage so ziemlich allen Leuten etwas die Köpfe verdreht, bis der wackere Kölner Vierkötter ihr den Rang ablief und nun dafür seinerseits als Rekordbrecher im Wettschwimmen durch und über den Ärmelkanal sozusagen für den ganzen Erdkreis den Helden des Tages abgibt.

Neben diesen Leistungen können die Champions des Völkerbundes sich noch so sehr anstrengen, um die Aufmerksamkeit der Menschheit wieder einmal auf die schicksalbedeutenden Rats- und Vollsitzungen ihrer Beauftragten in Genf hinzulenken. Es will ihnen nicht so recht gelingen. Man hat die Genfer Sache nun auch schon zu oft erlebt, weiß im voraus, daß es dort furchtbar umständlich und langwierig zugehen und daß zum Schluß alles so ungefähr bleiben wird, wie es bisher gewesen ist. Gleichviel, ob Deutschland diesmal ohne jede Störung in den Bund der Nationen hineingehen oder ob es noch einige Aufenthalte geben wird oder nicht, das Feilschen und Intrigieren, das Beargwöhnen und Beneiden des einen gegen den andern hat unter dem Zepter des Völkerbundes nicht viel weniger Unfug gestiftet als zu der Zeit, da wir ihn noch nicht hatten, und der Hinzutritt Deutschlands wird an dieser unglückseligen Veranlagung der Menschennatur voraussichtlich auch nichts ändern können.

Man muß sogar damit rechnen, daß der Eifer jener Friedensfreunde, die uns bisher schon sehr viel zu schaffen machten, weil sie jede Trübung des Einvernehmens unter den Völkern auf Deutschland und immer nur auf Deutschland zurückführten, in Zukunft sich dieses Treibens nicht entwöhnen werden. Wir sind nun einmal nicht beliebt in den Amtsstuben und den Beratungszimmern, in denen internationale Politik und — internationale Geschäfte betrieben werden. Wenn wir uns jetzt auch in Genf als Gleichberechtigte niederlassen, werden wir die Eifersucht gewisser Kreise wahrscheinlich sehr bald in den verschiedensten Winkel der Welt zu spüren bekommen. Aber nichtsdestoweniger: wir müssen hinein in den Strom und sehen, wieweit wir es im Wettschwimmen mit den preisgekrönten Größen des Völkerbundes bringen können. Herr Vierkötter soll unseren Genfer Delegierten und Vertrauensmännern dabei ein leuchtendes Vorbild sein!

*

Neidlos wollen wir dagegen den jetzt auf der internationalen Konkurrenz um ständige und nichtständige Sitze im Völkerbundrat nicht ganz zum Ziele gelangten Polen auf anderen Gebieten die Siegespalme überlassen. Wir haben in Deutschland einmal einen Hauptmann von Köpenick gehabt, der einen harmlosen Vorortbürgermeister mit ausgeborgten Soldaten überlisten konnte, und die ganze Welt hat sich über seinen Gaunerstreich königlich amüsiert. In Polen hält man sich mit solchen kleinen und vereinzelten Streichen gegen die öffentlichen Gewalten nicht auf. Da ist es die Polizei, die bewaffnete und uniformierte Polizei, die den Spitzbuben des Landes, den Wegelagerern und Beutemachern zu Hilfe kommt und sich mit ihnen, auf Kosten des Staates und seiner Bürger, bereichert, wo immer sich dazu Gelegenheit bietet. Ganz ungescheut sagt man bereits einigen maßgebenden Polizeileuten in der polnischen Landeshauptstadt öffentlich nach, daß sie mit Verbrechern unter einer Decke stecken.

*

Wenn es nur das alte oder nur das eigentliche Polen wäre, das mit solchen herrlichen Künsten nähere Bekanntschaft zu machen hätte, wir Deutschen könnten mit Gelassenheit den Dingen ihren Lauf lassen. Aber was sich jetzt so an der Weichsel an Gewalttätigkeit aller Art einnistet, fällt auch sehr bald unseren Brüdern an der Warthe und an der Oder auf die Nerven — und mehr als auf die Nerven. In Oberschlesien werden deutsche Ärzte systematisch vertrieben und durch polnische Kräfte ersetzt. Die Krankenkassen dürfen nicht mehr deutsche Medikamente verwenden, sondern müssen polnische Erzeugnisse abgeben, deren minderwertige Eigenschaften von vielen unzweifelhaft sachverständigen Beurteilern nachgewiesen sind. Es paßt zum Ganzen, daß sogar den Apothekern bei Strafe der Entziehung ihrer Praxis verboten wird, Medikamente deutschen Ursprungs zu verkaufen. Auf direkte Verstöße gegen die Genfer Verpflichtungen kommt es dabei nicht im geringsten an. Der Völkerbund ist weit — und auch wo er es gut und gerecht meint, verfügt er doch nicht über die erforderliche Amtsgewalt, um seinem Willen den gehörigen Nachdruck zu verleihen.

Dr. Sv.

Amerikanisch-Chinesischer Zwischenfall.

Newyork. Wie aus Hongkong gemeldet wird, ist das amerikanische Kanonenboot „Sacramento" zwischen Kanton und Hongkong von Kuomintinganhängern beschossen worden. Das Kriegsschiff erhielt mehrere Treffer. In amerikanischen Kreisen glaubt man, diesen Vorfall nicht der Kantonregierung selbst zur Last legen zu können, da sie gegenüber den auf dem Lande umherziehenden Streikenden ziemlich machtlos ist.

Spanien in Genf endgültig abgelehnt.

Nur für Deutschland ein Sitz.

Endlich hat man sich in Genf zu einem bestimmten Entschluß durchgerungen, nachdem die Verhandlungen über die Vorschläge der Studienkommission den ganzen Mittwoch und Donnerstag resultatlos geblieben waren und es Donnerstag sogar zu heftigen Hin- und Herreden gekommen war. Spanien hatte eine deutliche und unzweifelhafte Ablehnung seiner Ansprüche auf einen ständigen Sitz im Völkerbundrat verlangt. Die Studienkommission faßte am Freitag nach erneuter kurzer Beratung folgenden Beschluß:

„Aus den Erklärungen der übrigen Ratsmitglieder (abgesehen von Polen und China) ergab sich, daß die Mitglieder der Kommission trotz des lebhaften Wunsches ihrer Regierungen außerstande waren, in erhöhtem Maße den Rechten und Wünschen Spaniens Rechnung zu tragen, und daß sie daher dem Völkerbundrat keine weiteren ständigen Sitze vorschlagen könnten als wiederum den, den nach einstimmigem Wunsche Deutschland erhalten soll. Aus diesen Gründen und zu ihrem größten Bedauern kann die Kommission dem Rat die Annahme des spanischen Gesuches nicht empfehlen. Der deutsche Vertreter wünscht, sich der Stimme zu enthalten, schließt sich aber der allgemeinen Sympathiekundgebung für Spanien an. Der Vertreter Spaniens dankt für diese Kundgebung, berichtet seiner Regierung und hält seine Forderung aufrecht."

Vor dieser Formulierung war in besonderer Sitzung von Lord Cecil, Briand und dem Vorsitzenden Motta eine Resolution Cecils angenommen worden, in der die Mitglieder der Kommission für die Zusammensetzung des Rates vor dem Auseinandergehen ihren spanischen Kollegen bitten, seiner Regierung ihre ernstliche Hoffnung zu übermitteln, daß sie die Anstrengungen in wohlwollende Erwägung ziehen möchte, die gemacht worden sind, um soweit als unter den vorliegenden Umständen irgend möglich die Wünsche der spanischen Regierung zu erfüllen. Es wird dann aufgezählt, was alles für Spanien geschehen sei. Präsident Motta hielt die Schlußrede in der Hauptsitzung und drückte dabei noch einmal die Hoffnung aus, daß sich Spanien nicht aus dem Völkerbunde zurückziehen und nicht einmal seine Mitarbeit einstellen werde.

Deutschlands Delegierte.

In der Berliner Kabinettssitzung wurden als Deutschlands Hauptdelegierte bei der Völkerbundratsitzung die Herren Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Staatssekretär v. Schubert und Ministerialdirektor Dr. Gaus ernannt. Die Delegation wird ferner die Reichstagsabgeordneten Graf Bernstorff, Dr. Breitscheid, Dr. Kaas und Frhr. von Rheinbaben, die Staatssekretäre Dr. Pünder und Weismann, die Ministerialdirektoren Dr. Kiep und Dr. Schäffer sowie Sachverständige aus verschiedenen Ministerien umfassen.

Der juristische Sachverständige des deutschen Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Dr. Gaus, hat Genf verlassen. Er trifft Sonnabend in Berlin ein. Botschafter v. Hoesch begibt sich nach telegraphischer Berichterstattung nach Chamonix, von wo er nach einem kurzen Ferienaufenthalt nach Paris zurückkehren wird.

Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Völkerbundrates am Freitag standen die Memeler Frage und der Bericht des Prüfungsausschusses für die Zusammensetzung des Rates.

Die Saardelegation unter Führung von Kommerzienrat Röchling und Rechtsanwalt Levacher ist in Genf eingetroffen.

Stresemann über Genf.

Die Turiner „Gazzetta del Popolo" veröffentlicht eine Unterredung, die der deutsche Reichsminister des Äußern Dr. Stresemann ihrem Berliner Korrespondenten Prof. Senatra gewährt hat. Der Minister erklärt darin auf die Frage, ob nunmehr alle Schwierigkeiten bezüglich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund als behoben betrachtet werden könnten, daß zwar die Erfahrungen der Märztagung die Möglichkeiten des Unerwarteten in sich bergen, daß man aber nach der derzeitigen Lage den Eintritt als sicher annehmen könne.

Über die Eupen-Malmedy-Frage

erklärte Dr. Stresemann dem Korrespondenten, daß es sich bei dem materiellen Objekt dieser inoffiziellen Verhandlungen um eine Summe gehandelt habe, die etwa den zehnten Teil der von amerikanischer Seite genannten 1½ Milliarden ausmachte, und daß auch sie nicht von Reichs wegen, sondern etwa als eine Befreiungsanleihe im Rheinland privat hätte aufgebracht werden müssen. Schließlich berührte der Minister auf eine Frage das Kolonialprobleme, das gleichermaßen Deutschland und Italien interessiere. Er unterstrich dabei, daß es in dieser Frage nur eine einheitliche öffentliche Meinung in Deutschland gebe, und daß man mit Bezug auf sie dem deutschen Volke auf das bitterste Unrecht getan habe.

Eingreifen des Papstes bei Spanien?

Wie aus Rom gemeldet wird, soll der Papst eine längere Unterredung mit dem Madrider Nuntius, Monsignore Tedeschi, gehabt haben, in deren Verlauf der Papst den Nuntius gebeten habe, sich sofort nach Madrid zu begeben und dem König und Primo de Rivera zu erklären, daß der Vatikan im Interesse des europäischen Friedens der Ansicht sei, Spanien müsse seinen Platz im Völkerbund behalten und dürfe sich nicht von den Arbeiten des Völkerbundes zurückziehen.

Deutschlands Völkerbundeintritt 10. September.

Genf. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, die eingehend durch die Herren von Hoesch und Briand erörtert worden ist, ist für Freitag, den 10. September, vorgesehen. Die Aufnahme Deutschlands als ständiges Ratsmitglied soll sich der Aufnahme in den Völkerbund unmittelbar anschließen und somit bereits am Freitag abend oder am Sonnabend vormittag erfolgen.

Neue Schwierigkeiten?

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Genf, 4. September. In den späten Abendstunden verdichtete sich das Gerücht, daß die schwedische Regierung im Falle des Austritts Spaniens aus dem Völkerbunde ernstlich in Erwägung zieht, ihre Zustimmung zu dem von der Studienkommission ausgearbeiteten Projekt zurückzuziehen. Wie erinnerlich, hatte es sich diesen Schritt für den Fall vorbehalten, daß der Bericht keine Lösung in der Ratsfrage mit sich bringen und nicht einstimmig angenommen würde. Von schwedischer Seite verhält man sich diesem Gerücht gegenüber reserviert, ohne es jedoch energisch zu dementieren.

200 amerikanische Bergleute eingeschlossen.

Neuyork, 4. September. Wie aus Fort Smith gemeldet wird, sind infolge einer Explosion in einem dortigen Bergwerk 200 Bergleute eingeschlossen.

200 Millionen Mark Reparationszahlungen weniger.

Drittes und viertes Dawes-Jahr.

Nach dem Sachverständigenplan und dem Londoner Schlußprotokoll hätte Deutschland für das dritte und vierte Reparationsjahr je 250 Millionen zusätzliche Zahlungen zu leisten, wenn die verpfändeten Einnahmen — woran nach der bisherigen Entwicklung nicht zu zweifeln ist — eine gewisse Summe überschreiten.

Diese beiden sogenannten „kleinen Besserungsscheine" im Gesamtbetrag von 500 Millionen waren infolge der daraus sich ergebenden Belastungen des deutschen Budgets und der deutschen Wirtschaft Gegenstand ernster Sorge für die Reichsregierung.

Zwischen dem Reichsfinanzminister und dem durch die Reparationskommission hierzu bevollmächtigten Generalagenten ist nunmehr ein Abkommen getroffen worden, welches an Stelle der zu leistenden 500 Millionen Mark eine Summe von 300 Millionen setzt. Gleichzeitig ist, um eine erhöhte Liquidität der Reichskasse zu erzielen, mit dem Kommissar für die verpfändeten Einnahmen ein Parallelabkommen abgeschlossen worden, nach welchem der Kommissar die verpfändeten Einnahmen, die bisher zu seinen Gunsten jeweils sechs Wochen lang gesperrt waren, unmittelbar freigibt, nachdem er die zur Erfüllung der Haushaltszahlungen Deutschlands notwendigen monatlichen Summen erhoben hat.

Finanziell bringen die beiden Abkommen für die Reichsfinanzverwaltung eine wesentliche Erleichterung des deutschen Haushalts. Es werden durch das Abkommen mit dem Generalagenten haushaltsmäßig gespart im Etatsjahr 1926/27 37,8 Millionen Goldmark, im Etatsjahr 1927/28 58 Millionen und im Etatsjahr 1928/29 104,2 Millionen Goldmark. Die an Stelle von 500 Millionen zu zahlenden 300 Millionen sollen überdies für Sachlieferungen verwendet werden, wodurch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung eine sehr wichtige Erweiterung erfährt.

Der Massenmörder Böttcher.

Berlin. Das Verhör des Mörders der Gräfin Margarete von Lambsdorff, des 25jährigen Arbeiters Karl Böttcher, hat eine sensationelle Wendung genommen. Der gefährliche Geselle, der nach so langem Suchen in die Hände der Polizei geraten ist, hat gestanden, am 8. Juni v. Js. die zehnjährige Schülerin Senta Eckert in einem Kornfeld zwischen Blankenburg und Karow ermordet zu haben.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF